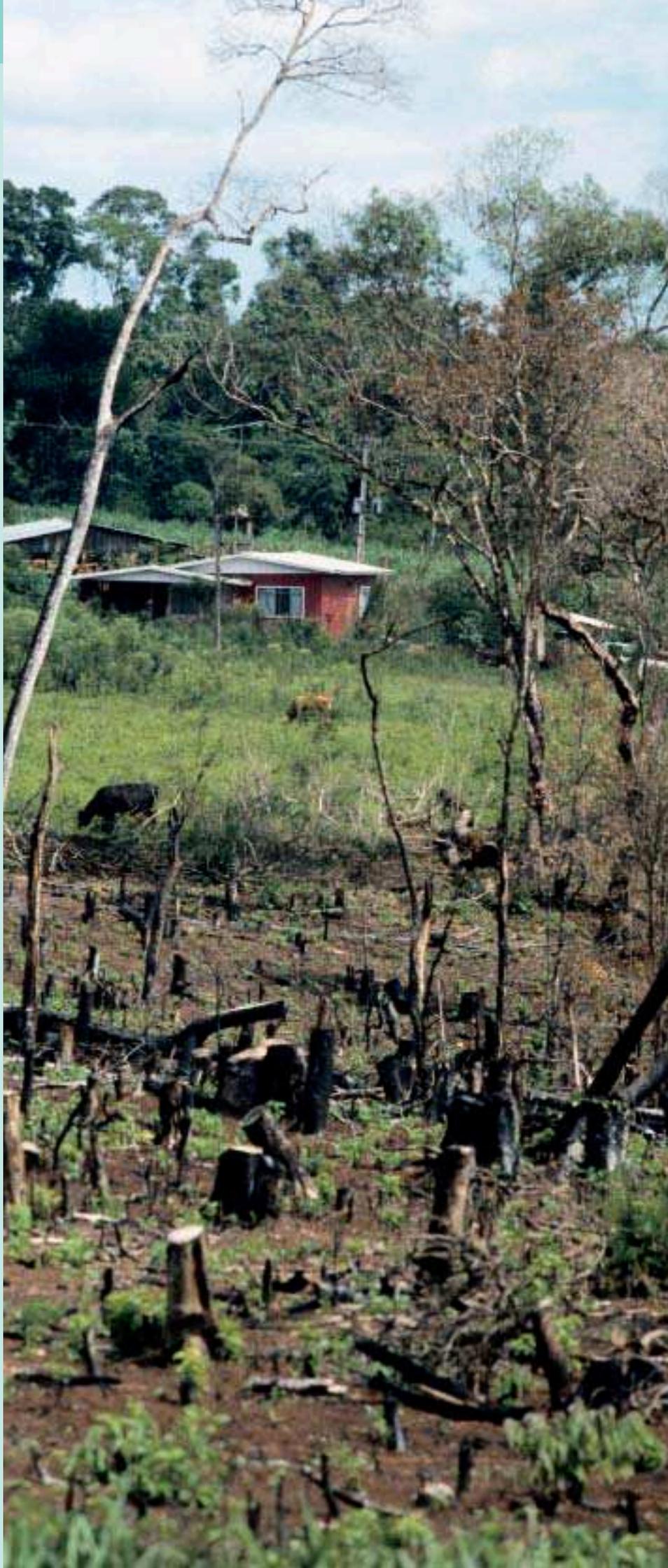


## Strategien nachhaltiger Entwicklung

Wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und der Erhalt der natürlichen Umwelt hängen wechselseitig voneinander ab und ergänzen sich als gleichwertige, fürs Überleben wichtige Interessen. Dies ist die zentrale Erkenntnis, die hinter dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung steht. Nur strategische Ansätze mit langfristiger Perspektive werden diesem Leitbild in der Praxis gerecht.

Nachhaltigkeitsstrategien erfüllen diesen Anspruch. Sie verknüpfen unterschiedliche Sektorpolitiken und richten sie aus auf vorrangige Problemfelder eines Landes. Ihr gemeinsames Kennzeichen ist die auf lange Sicht gleichgewichtige Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aspekte und die Qualität ihres Entstehungsprozesses. Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie kann als ein dauerhafter politischer und gesellschaftlicher Prozess verstanden werden, in dem individuelle und gesellschaftliche Interessen immer wieder verhandelt und überprüft werden mit Blick auf die langfristige Lebensqualität der Gemeinschaft. Die Komplexität des gesellschaftlichen Prozesses der Willensbildung erfordert Kompetenz. Die politischen und gesellschaftlichen Strukturen müssen einen verantwortungsvollen, auf Beteiligung orientierten Dialog erlauben, der je nach Land und Gesellschaft verschieden sein kann.

Die Technische Zusammenarbeit kann hierbei eine wichtige Rolle spielen, wie die folgenden Beispiele aus Brasilien und Tunesien zeigen. Ihre Aufgabe besteht nicht darin, Nachhaltigkeitsstrategien stellvertretend für Entwicklungsländer zu erarbeiten oder einseitig Vorgaben zu machen. Die Entwicklungszusammenarbeit fördert vielmehr die nötigen Kompetenzen und Strukturen in den Ländern, damit die Partner eigene Wege zur Nachhaltigkeit einschlagen können. ■



# Waldschutz an der Wurzel

Die sieben reichsten Industrieländer riefen 1990 das Pilotprogramm zum Schutz der brasilianischen Tropenwälder ins Leben. Langsam bekommt Umweltpolitik in Brasilien dadurch mehr Gewicht. Bauern an der Basis und Mandatsträger denken um. Der Rauch der Brandrodungen ist längst noch nicht verzogen. Aber immer mehr Gemeinden am Amazonas machen das Zündeln am Weltklima nicht länger mit.

Gerhard Dilger, Text | Uwe Rau, Fotos

Das Foyer des Hotel Fazenda Mato Grosso im brasilianischen Cuiabá ist ein einziger Marktplatz der grünen Möglichkeiten: Neben indianischem Kunsthandwerk werden Biohonig und Guaranásirup aus Amazonien feilgeboten. NROs und Regierungsbehörden, ausländische Geber und die Weltbank werben mit Plakaten und Broschüren für ihre Projekte im Rahmen des Pilotprogramms zum Schutz der brasilianischen Tropenwälder, kurz: PP G-7. Ende Mai 2001 zogen in Cuiabá Hunderte von Regierungsfunktionären, Beratern, Ökoaktivisten und Wissenschaftlern eine Zwischenbilanz für das weltweit größte Waldschutzprogramm, das seit 1995 in Amazonien und im Atlantischen Regenwald umgesetzt wird.

Das Pilotprogramm zum Schutz der brasilianischen Tropenwälder geht auf eine Initiative der sieben reichsten Industrieländer aus dem Jahre 1990 zurück, der so genannten G-7. Die Staaten wollen die Abholzung der brasilianischen Regenwälder in den Griff bekommen und die Bedrohung des Weltklimas, die der Kahlschlag mit sich bringt. Seit 1992 stellten die Siebenergruppe und die Europäische Union hierfür rund 300 Millionen Dollar bereit. Deutschland ist der größte Geber mit einem Beitrag von gut 255 Millionen Euro; bilaterale Abkommen inklusive. Neun Fachleute der GTZ arbeiten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Pilotprogramm mit: sechs in den Regionen, drei in der Hauptstadt Brasília.

Zu den Erfolgen zählen die beschleunigte Ausweisung von Indianerland, die nachhaltige Bewirtschaftung von Wald- und Überschwemmungsgebieten in Amazonien und die Stärkung der Umweltpolitik im ganzen Land. Allmählich geht das PP G-7 in eine zweite Phase über. Während viele Projekte bisher einen experimentellen Charakter hatten, sollen die Erfahrungen nunmehr in thematische Linien

gebündelt werden und zu einer stringenten Regierungspolitik beitragen. Auf Neudeutsch: Mainstreaming.

Die Reibungsverluste durch die Bürokratie im brasilianischen Staatsapparat sind allerdings erheblich. Manchmal dauere es Jahre, bis zugesagte Gelder bei den Zielgruppen ankommen, sagt Indianersprecher Sebastião Machineri. Eine Kritik, von der er die so genannten Demonstrationsprojekte allerdings ausdrücklich ausnimmt. Wegen ihres geringen Verwaltungsanteils sind die Demonstrationsprojekte eines der innovativsten und allseits gelobten Teilprogramme des PP G-7. Basisgruppen und NRO gestalten sie gleichberechtigt mit. Die Mittel der Geber fließen nicht über einen Ministeriumsetat, sondern direkt über die staatliche Banco do Brasil an die jeweilige Basisgruppe der beiden großen NRO-Zusammenschlüsse: die Amazonische Arbeitsgruppe und das Netzwerk des Atlantischen Regenwaldes.

## Vom Landlosen zum Umweltschützer

So erreichen die Gelder auch ein Projekt im äußersten Westen des Bundesstaats São Paulo. Sein Name: Grüne Umarmung. Dort erarbeiten sich Mitglieder der Landlosenbewegung MST eine neue Perspektive und schützen zugleich den Nationalpark Morro do Diabo, auf Deutsch: Teufelsberg. Am Rande des 350 Quadratkilometer großen Naturschutzgebiets werden sie in Techniken der Agroforstwirtschaft eingeführt. Der Park ist Teil des Atlantischen Regenwalds, der ebenso wie die Cerrado-Savanne in Zentralbrasilien zu den 25 am meisten gefährdeten Ökosystemen der Welt gehört. Im 20. Jahrhundert wichen riesige Flächen des Regenwalds der Landwirtschaft. Heute sind gerade noch sieben Prozent seines ursprünglichen Bestands übrig.

„Es ist nicht einfach, die Bauern zum Umdenken zu bringen, denn in ihrer traditionellen Wirtschaftsweise waren Bäume einfach nicht vorgesehen“, sagt

▷ Jefferson Ferreira, der Berater vom Institut für ökologische Forschungen, der das Projekt seit gut drei Jahren begleitet. Das stärkste Argument der Umweltschützer: Der Schwenk hin zu umweltschonenden Anbaumethoden ist eine Überlebensfrage, weil das Land der Kleinbauern ausgelugt ist.

Neben Produkten wie Mais, Bohnen, Baumwolle und Maniok bauen die 200 Familien des Projekts auf je 15 Hektar Land auch Heilkräuter, Obst und Gemüse an und stellen Honig her. Daneben halten sie Rinder und Kleinvieh. In einem neuen Versuch wird zwischen Schatten spendenden Bäumen Biokaffee angepflanzt. Die Integration einheimischer Baumarten und schnell wachsender Eukalyptusbäume in die Felder hat die Bodenerosion gestoppt und erhält die Artenvielfalt. Je abwechslungsreicher die landwirtschaftliche Produktion ist, desto länger bleiben die Böden fruchtbar. Im Gewächshaus des Teufelbergs können nun jährlich 150 000 neue Setzlinge gedeihen. Keimzellen einer umfangreichen Wiederaufforstung.

„Diese Projekte bieten Kleinbauern in Regenwaldgebieten erstmals eine nachhaltige Perspektive“, sagt GTZ-Experte Thomas Fatheuer. Beteiligt sind neben Umweltexperten und ehemaligen Landlosen mehrere Behörden des Bundesstaates São Paulo. Ökoverhandlung nennt Jefferson Ferreira diesen Ansatz: „Die Bauern fühlen sich für den Erhalt des Ökosystems verantwortlich und sehen ihre wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse ernst genommen.“

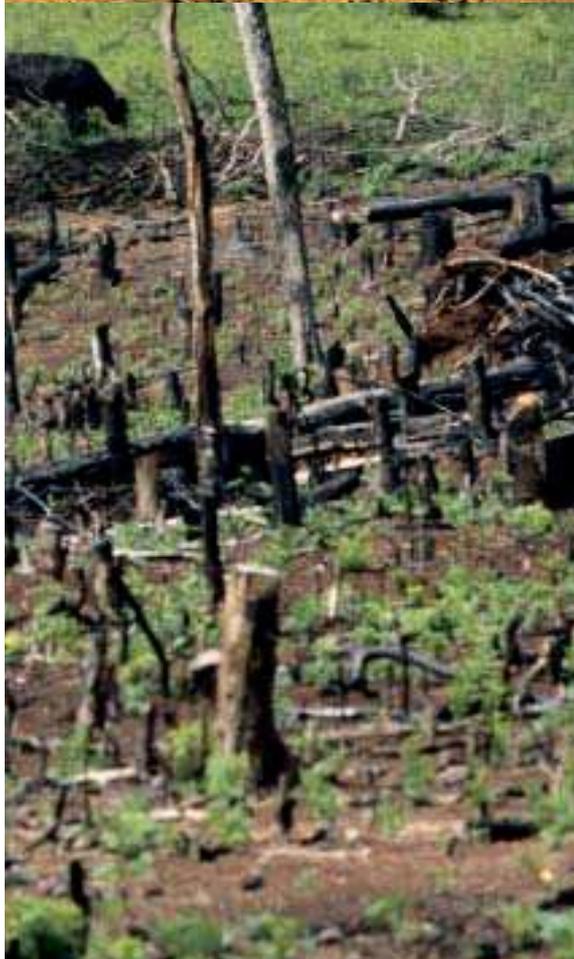
### Durch Partizipation zum Erfolg

Anderswo stünden sich Umweltaktivisten und die Bevölkerung der zu schützenden Gebiete noch immer misstrauisch gegenüber, beklagt Artur Mendes, ein engagierter Abteilungsleiter der Indianerbehörde Funai. Auch innerhalb des PP G-7 gebe es Vorbehalte, die „natürliche Berufung der Indianer zum Umweltschutz“ zu akzeptieren,

meint Mendes. Er erzählt eine erhellende Episode: Noch vor wenigen Jahren sei ernsthaft darüber diskutiert worden, ob sich die brasilianische Regierung als Oberziel für die Erhaltung Amazoniens zehn Prozent der Gesamtfläche vornehmen sollte. „Ich war überrascht, wie zaghaft dieser Vorschlag war“, sagt Mendes und fügt hinzu: „Zehn Prozent? Dabei machen doch allein die indigenen Territorien 24 Prozent Amazoniens aus!“ Dieses Land sei jedoch ebenso wenig wie die Reservate der Kautschuksammler in das Kalkül mit einbezogen worden. Ein Beweis für die damals noch herrschende Vorstellung von einem Naturschutz ohne Menschen. Inzwischen setzt sich allenthalben die Erkenntnis durch, dass die Stärkung der indigenen Völker und anderer Waldbewohner zugleich die beste Garantie für Waldschutz bedeutet. Seit 1995 wurden Indianergebiete mit einer Gesamtfläche von 400 000 Quadratkilometer ausgewiesen, knapp drei Viertel davon im Pilotprogramm zum Schutz der brasilianischen Tropenwälder. Im Jahr 2002 laufen die ersten indigenen Demonstrationsprojekte an.

Im brasilianischen Amazonasgebiet leben mittlerweile rund 20 Millionen Menschen. Viele von ihnen ließen sich schon vor 30 Jahren dort nieder. Eine unglücklich konzipierte Landreform der Regierung in Brasília förderte die Ansiedlung von Millionen mittelloser Kleinbauern aus anderen Regionen des Landes. Die Anlage großer Viehfarmen und die Ansiedlung von Kleinbauern waren die Hauptgründe für die Entwaldung in den 70er- und 80er-Jahren, die jährlich mehr als 20 000 km<sup>2</sup> kostete. In den 90er-Jahren gingen jährlich etwa 16 000 km<sup>2</sup> Regenwald verloren. Von Süden und Osten her fressen sich Tausende Brandherde in das Amazonasbecken. Mit seinen 1,7 Millionen Quadratkilometern ist dieser so genannte Bogen der Zerstörung fast fünf Mal so groß wie die Fläche Deutschlands. Die meis-

*Raubbau:  
Tausende Brandherde hinterlassen  
am Amazonas einen Bogen  
der Zerstörung, fast fünfmal so groß  
wie die Fläche Deutschlands.*



ten Feuer gehen auf Brandrodungen während der Trockenzeit zurück. Als Teil des Feuerchutzprogramms des PP G-7 gehen Bürger, Basisorganisationen und Behörden in ausgewählten Gemeinden gemeinsam gegen die Waldbrände vor.

## Protest gegen Feuer

Zum Beispiel in Alta Floresta im Norden von Mato Grosso. Im August 1999 blieb dort der Flugplatz tagelang geschlossen, weil wegen der heftigen Rauchentwicklung in der Umgebung des Ortes nichts mehr zu sehen war. In der Krankenstation drängten sich Dorfbewohner mit Atemproblemen. Tote Fi-

des Raubbaus verfechten“, räumt denn auch Umweltminister José Sarney Filho ein. Die Holzindustrie und die am Export orientierte Landwirtschaft prägen tropische Boomtowns wie Brasnorte. Der 500 Kilometer nördlich von Cuiabá im so genannten Bogen der Zerstörung gelegene Ort wurde vor gerade zwölf Jahren gegründet. Vier von neun Gemeinderäten sind Holzunternehmer. Motorsägen gehören zu den begehrtesten Artikeln der Fachgeschäfte. Doch in maximal zehn Jahren werde es kein Holz mehr geben, sagen die Lokalpolitiker. Die Zukunft Brasnortes liege in der Landwirtschaft. Auf weitläufigen gerode-

Fortschritte in der Kontrolle von Entwaldung und Waldbränden erreicht: Ein im Rahmen des Pilotprogramms entwickeltes Modell zur Umweltlizenzierung von Agrar- und Forstbetrieben soll nun in ganz Amazonien zur Anwendung kommen, und zwar zunächst in den am stärksten von der Entwaldung betroffenen Gemeinden.

Dennoch: Der Ausbau der Nord-Süd-Achse zwischen Cuiabá und dem Amazonashafen Santarém zum Exportkorridor komme einer „strategischen Integration Amazoniens in den Globalisierungsprozess“ gleich, sagt Daniel Nepstad vom Amazonas Umweltforschungsinstitut in Belém. Dreieinhalb Millionen Tonnen Soja aus dem Norden von Mato Grosso müssen pro Jahr noch auf Umwegen transportiert werden. Der Export über Santarém würde jährlich 60 Millionen Dollar sparen, schätzen Kenner der Branche. Die Regierung hofft, der Sojaanbau in der Region werde sich in den fünf Jahren nach Eröffnung des neuen Exportkorridors verdreifachen. Auch die Holzunternehmer können sich die Hände reiben: In der Regenzeit werden die Transportkosten für Tropenholz um 80 Prozent fallen, sagt Nepstad voraus.

Mit der geplanten Asphaltierung von 6200 Kilometern Straße in Amazonien würden gleich mehrere „Teufelskreisläufe der Zerstörung“ in Gang gesetzt. Sobald eine Urwaldstraße asphaltiert sei, steige die Entwaldung in einem Streifen von je 50 Kilometer Breite beiderseits der Straße rapide an. Gräteneffekt nennt Nepstad das. Sollte an Avançã Brasil in der jetzigen Form festgehalten werden, könnten in den kommenden 20 Jahren bis zu 42 Prozent des noch verbleibenden Amazonas-Regenwaldes verschwinden, fürchten die Forscher vom Nationalen Amazonas-Forschungsinstitut in Manaus. Diese Schätzungen beruhen allerdings auf der Hypothese einer ungebremsten Fortsetzung der Zerstörungsdynamik der Vergan-

genheit – ohne wichtige Veränderungen in der brasilianischen Umweltpolitik in den vergangenen Jahren zu berücksichtigen.

Das Umweltministerium setzt auf langsame institutionelle Veränderungen. Das Teilprogramm Naturressourcenpolitik soll die Schritte auf zentraler, bundesstaatlicher und kommunaler Ebene aufeinander abstimmen. Wie bei den Demonstrationsprojekten erhält die Zivilgesellschaft eine wichtige Funktion. Je direkter die betroffenen Menschen beteiligt sind, etwa bei der Raumordnung, desto größer sind die Chancen für eine erfolgreiche Umsetzung. In den relativ kleinen, fortschrittlich regierten Amazonasstaaten Acre und Amapá sind die Akteure damit schon besonders weit gekommen. Anderswo geben noch regionale Eliten den Ton an, wenn gleich die Front bröckelt.

Wie sind angesichts dieser widersprüchlichen Wirklichkeit die Erfolge des PP G-7 zu bewerten? „Wir haben eine Menge Resultate vorzuweisen, aber natürlich bestimmen wir noch lange nicht die Gesamtausrichtung der Regierungspolitik“, sagt ein Mitarbeiter des Umweltministeriums. „Viel hängt davon ab, inwieweit unsere positiven Erfahrungen auch in die Politik außerhalb des Umweltministeriums übertragen werden“, meint dagegen Harald Lossack, der das PP G-7-Team der GTZ von Brasília aus leitet. Schon jetzt werde das Ministerium für Agrarentwicklung immer stärker eingebunden. Zudem wurde auf Druck des Umweltministeriums, aber auch der organisierten Zivilgesellschaft, dem für die Infrastrukturplanung zuständigen Planungsministerium eine erneute und tiefgreifende Überprüfung der Umweltverträglichkeit des Avançã-Brasil-Programms abgerungen. Lossack ist zuversichtlich: „Die düsteren Zerstörungsszenarien müssen nicht zwangsläufig eintreffen!“ ■

*Der Autor ist Korrespondent der taz und lebt in Brasilien.*



sche trieben flussabwärts. Die Einwohner unterzeichneten daraufhin freiwillig ein Gemeindeprotokoll gegen Feuer, eine Initiative der NRO Freunde der Erde in den am stärksten von Waldbränden betroffenen Regionen Amazoniens. Bauern werden in umweltfreundlichen Anbautechniken unterwiesen. Lehrer, Unternehmer und Kirchenleute organisieren Aufklärungskampagnen. Holzbetriebe recyceln ihre Abfälle. Die örtliche Feuerwehr unterstützt die Kontrolle der Umweltbehörden. Per Satellit finden staatliche Behörden die Brandherde heraus und vor Ort gehen Inspektoren und Polizisten nun häufiger gegen die Übeltäter vor. Für eine effektive Kontrolle reicht die Ausstattung der Umweltbehörden jedoch noch lange nicht aus.

„Wir werden von den Kräften überrannt, die das alte Modell

ten Flächen südlich des Ortskerns grasen heute Rinder. Bald soll dort Soja angebaut werden, für den Export nach Europa.

Dante Oliveira, der Gouverneur von Mato Grosso, gehört zu den vehementesten Wachstumsaposteln. Der Parteifreund des brasilianischen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso macht sich stark für den geplanten Bau von Wasser- und Landstraßen, Staudämmen, Stromleitungen, Eisenbahnlinien und Hafenanlagen. All dies ist Teil des ehrgeizigen Regierungsplans Avançã Brasil, auf Deutsch: Vorwärts Brasilien. Bis 2007 sollen allein an staatlichen Geldern mehr als 20 Milliarden Dollar in eine Infrastruktur für das Amazonasgebiet gesteckt werden, damit Brasilien auf den Weltmärkten wettbewerbsfähiger werden kann. Gleichzeitig hat Mato Grosso aber auch große